

Unsere Richter werden dann gerecht entscheiden, wenn sie alles friedliche Streben des Volkes schützen und alle Anschläge der Militaristen rücksichtslos unterbinden;

unsere Richter werden gerecht entscheiden, wenn sie unsere sozialistischen Errungenschaften schützen und keine Angriffe auf diese Errungenschaften zulassen;

unsere Richter werden gerecht entscheiden, wenn ihre Urteile bei der Entwicklung eines neuen Bewußtseins und einer neuen Moral helfen, die allen Menschen gestattet, sich von schädlichen alten Gewohnheiten zu befreien;

unsere Richter werden gerecht entscheiden, wenn sie dazu beitragen, daß die Rechte der Bürger geschützt werden und alle Werktätigen ungestört ihre besten Fähigkeiten entwickeln und die größten Leistungen für die Gesellschaft zu vollbringen vermögen;

unsere Richter werden gerecht entscheiden, wenn sie durch ihre Rechtsprechung dazu beitragen, jene Menschen geduldig zu überzeugen und zu erziehen, die noch nicht im vollen Umfange ihre Verantwortung gegenüber der Gesellschaft erkannt haben;

unsere Richter werden gerecht entscheiden, wenn sie jene hart bestrafen, die das friedliche Leben unseres Volkes und den Bestand unserer Nation bedrohen.

Die Kriegspolitik der westdeutschen Monopole und Militaristen ist zum Haupthindernis der friedlichen Koexistenz, der Abrüstung und Entspannung in Europa geworden. Der westdeutschen Bevölkerung wird das Recht auf freie Selbstbestimmung vorenthalten. Ihr wird das Recht verweigert, für den Frieden, für die Annäherung und Verständigung der beiden deutschen Staaten, für Abrüstung und gegen atomare Bewaffnung frei und öffentlich abzustimmen. Die Knebelung des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter durch das Betriebsverfassungsgesetz, die Verhöhnung jeglicher persönlicher und politischer Freiheit durch die Notstandsgesetzgebung sowie die Vertiefung der Spaltung durch den Terror gegen alle Menschen, die für die Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten und die Erhaltung des Friedens eintreten, kennzeichnen den Adenauer-Staat als einen unrechtmäßigen, antinationalen und friedensfeindlichen Staat.

Ausdruck und williges Instrument dieses aggressiven klerikal-militaristischen Regimes ist seine Justiz. Die Bonner Justiz mit ihren Sondergerichten ist das Werkzeug der Monopolisten und Militaristen gegen das Volk. Über eintausend faschistische Blut- und Sonderrichter, die schon einmal Demokratie und Freiheit erwürgen halfen und ungezählte Unschuldige dem Henker auslieferten, setzen heute in den Gerichten Westdeutschlands ihre Verbrechen fort. Der Justizskandal in Westberlin deckte einen widerwärtigen Sumpf der Korruption auf und offenbarte die moralische und politische Krise, in die auch Westberlin durch die Bonner Machthaber gerissen wurde.

Die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik und ihre vom Volk gewählten Richter unterstützen die Bemühungen aller ehrlichen Juristen in Westdeutschland und Westberlin, die sich für eine saubere und demokratische Rechtsprechung einsetzen. Sie sind überzeugt, daß der Zusammenschluß und der gemeinsame Kampf aller friedliebenden, demokratischen Kräfte für die Abrüstung und für die Bändigung des Militarismus auch Voraussetzungen für eine demokratische Justiz in Westdeutschland und Westberlin schafft.

Berlin, den 20. Dezember 1960

---

*Friedliche Koexistenz der Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung oder verheerender Krieg – nur so steht heute die Frage. Einen anderen Weg gibt es nicht. Die Kommunisten verwerfen entschieden die amerikanische Doktrin des kalten Krieges und des „Balancierens am Rande des Krieges“ als eine Politik, die zur thermonuklearen Katastrophe führt. Die Kommunisten, die für die Prinzipien der friedlichen Koexistenz eintreten, streben nach der restlosen Einstellung des kalten Krieges, nach der Auflösung der Militärblocks, nach der Abschaffung der Militärstützpunkte, nach allgemeiner und vollständiger Abrüstung unter internationaler Kontrolle, nach Entscheidung internationaler Streitfragen auf dem Verhandlungswege, nach Achtung der Gleichberechtigung der Staaten sowie ihrer territorialen Integrität, Unabhängigkeit und Souveränität, nach Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, nach einem umfassenden Ausbau der kulturellen, wissenschaftlichen und Handelsbeziehungen zwischen den Völkern.*

*Die Politik der friedlichen Koexistenz entspricht den grundlegenden Interessen aller Völker, aller Menschen, die keine neuen blutigen Kriege wünschen und für einen dauerhaften Frieden kämpfen. Diese Politik trägt zur Festigung der Positionen des Sozialismus, zur Verstärkung des Ansehens und internationalen Einflusses der sozialistischen Länder bei. Sie erhöht das Ansehen und den Einfluß der kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern. Der Friede ist ein treuer Bundesgenosse des Sozialismus; denn die Zeit arbeitet für den Sozialismus, gegen den Kapitalismus.*

*(Aus der Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau im November 1960)*